

## Antworten Wahlprüfstein VPH - Verband der Privaten Hochschulen e.V.

1. Halten Sie private Hochschulen zur Gewährleistung der Vielfalt an Bildungsangeboten und -trägern, bei denen Bürger unmittelbar mitgestalten können, für erforderlich?

Ja. Dass Liberale privatem bürgerschaftlichen Engagement einen besonderen Stellenwert einräumen ist hinlänglich bekannt. Die privaten Hochschulen gehören für die FDP zu einer vielfältigen Hochschullandschaft unbedingt dazu.

2. Sind Sie für ein Akkreditierungssystem, mit dem die Qualität in den privaten und staatlichen Hochschulen in Deutschland, rechtsstaatlich und in Übereinstimmung mit Art. 5 GG geregelt wird, das z.B. durch einen Staatsvertrag der Länder?

Auch das System der Qualitätssicherung bedarf einer ständigen Weiterentwicklung. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass Aufwand und Nutzen der Programmakkreditierung häufig nicht in einem angemessenen Verhältnis standen. Dabei muss auch geprüft werden inwieweit ein Übergang zur Systemakkreditierung oder zur Auditierung effizienter und wissenschaftsadäquater wäre. Bei beiden Instrumenten sind gerade private Hochschulen Vorreiter. Dass die rechtlichen Grundlagen für das Akkreditierungssystem möglicherweise nicht ausreichen, hat die Anrufung des Bundesverfassungsgericht durch das Landesverwaltungsgericht Arnsberg gezeigt. Leider steht eine Entscheidung immer noch aus. In jedem Fall ist eine verfassungskonforme und autonomiefreundliche Regelungsgrundlage notwendig.

3. In den weltweiten Rankings der Hochschulen liegen die Staaten vorne, in denen es einen funktionierenden Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Hochschulen gibt. Sind Sie der Meinung, das zur Verbesserung von Qualität und Effizienz der tertiären Bildung auch in Deutschland mehr Hochschulwesen herrschen sollte?

Ja. Die FDP sieht im Wettbewerb im Bildungswesen eine wichtige Triebfeder für Verbesserungen des Gesamtsystems und auch der staatlichen Einrichtungen. Die FDP setzt sich deshalb auch für bessere Rahmenbedingungen für die privaten Hochschulen – etwa durch Öffnung staatlicher Programme wie der Exzellenzinitiative – ein.

4. Sind Sie angesichts des deutlich gewachsenen Studierendenanteils in den privaten Hochschulen für eine demokratisch angemessene Vertretung privater Hochschulen in wesentlichen Wissenschaftsgremien wie dem Wissenschaftsrat, dem Akkreditierungsrat usw.?

Ja, eine angemessene Berücksichtigung der privaten Hochschulen in den Gremien der Selbstverwaltung der Wissenschaft muss gewährleistet werden.

5. Wie stehen Sie angesichts immer knapper werdender öffentlicher für Bildung zu neuen Formen der Hochschulfinanzierung wie Studiengebühren oder Subjektförderung (das Geld folgt den Studierenden)?

Die FDP sieht im Modell "Geld folgt Studierenden" eine Lösung der Hochschulfinanzierung, die einen fairen Beteiligung aller Länder an den Kosten der Hochschullehre sicherstellt.

6. Sind Sie der Meinung, dass die Zulassungsregeln der Länder den Anforderungen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie entsprechen sollten?

Wir gehen davon aus, dass sich die "Zulassungsregeln der Länder" auf die staatliche Anerkennung privater Hochschulen beziehen. Gemäß ständiger Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichts steht EU-Recht ein Anwendungsvorrang zu. Damit muss auch die Staatliche Anerkennung den einschlägigen Vorschriften der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie entsprechen.